
Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Planung und Umwelt des
Landkreises Cloppenburg am Donnerstag, dem 15.12.2011,
16:00 Uhr, im Sitzungssaal 1 des Kreishauses in Cloppenburg**

Anwesend

Vorsitzende/r

1. Kreistagsabgeordneter Gregor Middendorf

Mitglieder

2. Kreistagsabgeordneter Uwe Behrens
3. Kreistagsabgeordneter Lothar Bothe
4. Kreistagsabgeordneter Josef Dobelmann
5. Kreistagsabgeordnete Marianne Fugel
6. Kreistagsabgeordneter Torben Haak
7. Kreistagsabgeordneter Bernhard Hackstedt
8. Kreistagsabgeordneter Georg Haupt
9. Kreistagsabgeordnete Gabriele Kalvelage
10. Kreistagsabgeordneter Detlef Kolde
11. Kreistagsabgeordneter Wilhelm Kreuzmann
12. Kreistagsabgeordneter Johannes Loots
13. Kreistagsabgeordnete Ursula Nüdling
14. Kreistagsabgeordneter Dr. Lucien Olivier
Vertretung für Herrn Georg Meyer
15. Kreistagsabgeordneter Christoph Rohe
16. Kreistagsabgeordneter Alfred Vorwerk
17. Kreistagsabgeordneter Marcus Willen

Verwaltung

18. Landrat Hans Eveslage
19. Leitender Baudirektor Georg Raue
20. Baudirektor Rolf Haedke
21. Baudirektor Johann Viets
22. Kreisoberamtsrat Günter Westendorf
23. Kreisoberamtsrätin Katharina Deeben
24. Pressesprecher Frank Beumker

Protokollführer/in

25. Kreisamtfrau Hildegard Zurborg

Es fehlte/n:

26. Kreistagsabgeordnete Hildegard Kühlen
27. Kreistagsabgeordneter Willi Tholen



Tagesordnung:

- 1 . Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 . Feststellung der Tagesordnung
- 3 . Arbeitsprogramm 2012 im Bereich der Ämter 67, 70 und der Stabstelle Wirtschaftsförderung
- 4 . Antrag des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), Kreisverband Cloppenburg, auf Zuschussgewährung zur Durchführung der Aufgaben des Katastrophenschutzes V-PLA/11/035
- 5 . Durchführung eines LIFE-Projektes in der Süd- und Mittelraddeniederung V-PLA/11/036
- 6 . Vergabe von Wirtschaftsförderungsmitteln V-PLA/11/037
- 7 . Festsetzung des Überschwemmungsgebietes für die Aue, die Dinkel und den Fladderkanal V-PLA/11/038
- 8 . Mitteilungen
- 9 . Einwohnerfragestunde

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Kreistagsabgeordneter Middendorf, eröffnete die Sitzung um 16.00 Uhr und begrüßte die Anwesenden zur ersten Sitzung des Ausschusses für Planung und Umwelt in dieser Legislaturperiode. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

2. Feststellung der Tagesordnung

Daran anschließend stellte der Vorsitzende, Kreistagsabgeordneter Middendorf, die Tagesordnung fest.



3. Arbeitsprogramm 2012 im Bereich der Ämter 67, 70 und der Stabstelle Wirtschaftsförderung

Baudirektor Viets stellte sodann das Arbeitsprogramm des Amtes für Planung, Natur und Umwelt vor, mit dem sich der Ausschuss in den nächsten Jahren zu befassen habe. Nachdem in 2011 der Kreiswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ erfolgreich durchgeführt worden sei, stehe in 2012 der Regionalwettbewerb an. Dieser sei Voraussetzung für eine Teilnahme am Regionalentscheid und am Landesentscheid. Aus dem Landkreis Cloppenburg würden das Dorf Scharrel als Kreissieger sowie die Dörfer Lodbergen/ Holthausen/ Duderstadt, Liener, Gehlenberg und das Überhäsige Viertel Angelbeck teilnehmen. Insgesamt 9 siegreiche Dörfer aus dem ehemaligen Bezirk Weser- Ems würden anschließend am Landeswettbewerb teilnehmen; 2 dieser siegreichen Dörfer aus Niedersachsen hätten sodann die Möglichkeit, am Bundeswettbewerb teilzunehmen. In 2014 stehe dann ein neuer Wettbewerb auf Kreisebene an.

Weiterhin sei in 2012 voraussichtlich über die Fortführung der Waldkalkung zu entscheiden. Hierfür seien 15.000 € in den Kreishaushalt eingestellt worden. Es handele sich um den zweiten Durchgang der Kalkung der Privatwälder im Landkreis Cloppenburg.

Ein weiterer Punkt im Ausschuss werde die Gründung einer Natur- und Umweltschutzstiftung sein. Dieses sei von der Gemeinde Saterland angeregt worden. Da es zunehmend schwieriger werde, geeignete Flächen für die Kompensation von Eingriffen in die Natur zu finden, solle zukünftig ein monetärer Ausgleich stattfinden für die Erhaltung und Pflege von Natur und Landschaft. Dies bedinge einen geringeren Flächenverbrauch; weiterhin stünden dadurch mehr Mittel für Maßnahmen in Natur- und Landschaftsschutzgebieten zu Verfügung. Ein weiterer Schwerpunkt sei das Gelege- und Kükenschutzprogramm des Landkreises im Vogelschutzgebiet V 66 „Niederungen der Süd- und Mittelradde und der Marka“. Dieses Gebiet sei 2007 als EU- Vogelschutzgebiet gemeldet worden. Die Meldung beinhalte auch die Verpflichtung, die Bestände der Wiesenvögel in diesem Bereich besonders zu schützen. Zur Verbesserung der Wiesenvogelaufzuchtsraten würden jährlich auf freiwilliger Basis mit den dort wirtschaftenden Landwirten, ehrenamtlichen Betreuern und einem Büro Gelege- und Kükenschutzmaßnahmen durchgeführt. Gebietskulisse dieser Maßnahmen sei das EU- Vogelschutzgebiet mit den Teilbereichen Südradde und Mittelradde sowie den beiden Seitentälern der Mittelradde. Baudirektor Viets erläuterte, dass im Rahmen des Gelege- und Kükenschutzes die gefundenen Gelege der Wiesenvögel gezielt aufgesucht würden, um sie dann möglichst unauffällig zu markieren. Bei der Mahd lasse der Landwirt dann um den markierten Bereich eine größere Fläche stehen. Später erhöhten Fluchtstreifen und weitere Kükenschutzmaßnahmen die Überlebenschancen der Küken. Jährlich finde ein Treffen mit den beteiligten Landwirten statt, um diese ausreichend zu informieren. Prämien würden für den Schutz der markierten Gelege bei der Bewirtschaftung sowie für durchgeführte Kükenschutzmaßnahmen gezahlt. Während im Bereich der Mittelradde ein Ingenieurbüro mit den Arbeiten betraut sei, würden die Markierungsarbeiten an der Südradde von ehrenamtlichen Betreuern durchgeführt. Wichtig sei in beiden Gebieten der Schutz vor Prädatoren. Hier solle versucht werden, in Zukunft diese Verluste an Wiesenvögeln durch eine engere Zusammenarbeit mit der Jägerschaft weiter zu minimieren. Das Programm sei eine gute Möglichkeit, um ehrenamtlichen Naturschutz und Landwirtschaft zu verbinden.

Auf Rückfrage erläuterte Baudirektor Viets, dass aufgrund verschiedener Ursachen die Wiesenvogelbestände derzeit noch rückläufig seien. Ursachen lägen hierfür neben der hohen Prädation auch im drastischen Rückgang des Grünlandanteils in den vergangenen Jahren. Abschließend erläuterte er kurz die Kosten des Programms.

Die Folien der Präsentation sind der Niederschrift beigelegt.



Anschließend informierte Baudirektor Haedke die Anwesenden über das Arbeitsprogramm des Amtes 70.

Hier seien die Bereiche Wasserwirtschaft, Kreisstraßen und Abfallwirtschaft angesiedelt. Wesentliche Aufgabe, die auch den Ausschuss beschäftigen werde, sei die Abfallwirtschaft. Hier werde sich der Ausschuss mit der jährlichen Abfallbilanz, dem abfallwirtschaftlichen Gutachten sowie der Planfeststellung zur Rekultivierung und Sicherung der Deponie in Stapelfeld befassen.

Die Abfallbilanz enthalte die zahlenmäßige Darstellung der Entsorgung der im Landkreis Cloppenburg anfallenden Abfälle und sei jährlich zu erstellen.

Das abfallwirtschaftliche Gutachten sei bereits in Auftrag gegeben und werde im Frühjahr im Ausschuss vorgestellt werden. Dabei gehe es im Wesentlichen um die Überprüfung der derzeitigen Abfallentsorgung und die Überprüfung der gegenwärtigen Gebührenstruktur. Ebenfalls werde das Gutachten Vorschläge zur Optimierung enthalten.

Ein wesentlicher Punkt im Ausschuss sei die Rekultivierung und Sicherung der Deponie Stapelfeld. Baudirektor Haedke erklärte den Anwesenden anhand des Lageplans die geplanten Maßnahmen und den Aufbau der Oberflächenabdichtung auf der Deponie sowie in deren Randbereichen. Die Rekultivierung sei inzwischen angeordnet. Die Unterlagen seien fertiggestellt und würden in Kürze der Aufsichtsbehörde vorgelegt. Danach werde das Planfeststellungsverfahren für die Maßnahmen beginnen. Als Baubeginn werden das letzte Quartal in 2012 anvisiert. Das Bauende sei Ende 2015 vorgesehen. Die Deponie werde dann eine Ausbauhöhe von ca. 20 m über Gelände erreicht haben und sei damit ca. 0,5 m höher als der derzeitige Müllberg.

Die mit der Rekultivierung verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft könnten vor Ort auf dem Deponiekörper direkt und im Nahbereich auf einer angrenzenden Ackerfläche des Landkreises ausgeglichen werden. Externe Flächen seien hierfür nicht notwendig.

Die Präsentation ist als Anlage beigefügt.

Im Anschluss daran trug Kreisoberamtsrätin Deeben die wesentlichen Arbeitsbereiche der Stabstelle Wirtschaftsförderung vor. Die Wirtschaftsförderung sei keine Pflichtaufgabe des Landkreises, sondern überwiegend freiwillig. Im Wesentlichen würden 2012 bereits laufende Programme fortgeführt. Häufigstes Thema im Ausschuss sei dabei die Erschließung der Infrastruktur und der Breitbandausbau in den Städten und Gemeinden. Hier zahle der Landkreis aus Kreismitteln jeweils einen Zuschuss in Höhe von 25 % der förderfähigen Kosten. Neu hinzukommen würden Zuwendungen für Krankenhausinfrastrukturen. Hier werde der Antrag des St. Marien Krankenhauses in Friesoythe auf Gewährung einer Zuwendung zum Bau eines Bettenhauses erwartet.

Weiterhin sei eine Überarbeitung des Radwegeleitsystems geplant, worüber zu entscheiden sein werde.

Arbeitsschwerpunkt bleibe in der Stabstelle die EU- Förderung in den Jahren 2014 bis 2020. Weitere Schwerpunkte würden zukünftig die KMU- Richtlinie sein, nach welcher Investitionen kleinerer und mittlerer Betriebe bezuschusst würden.

Auch der demographische Wandel mit seinen Folgen werde zukünftig das Gremium beschäftigen, ebenso wie die Tourismusförderung im Gebiet.

Darüber hinaus sei die Stabstelle Wirtschaftsförderung in diversen Arbeitskreisen und Kooperationen vertreten. Zu den Aufgabenfeldern in diesen Bereichen werde im Rahmen des jährlichen Tätigkeitsberichtes der Stabstelle dem Ausschuss ausführlich berichtet werden.

Anschließend trug Kreisoberamtsrat Westendorf die Arbeitsschwerpunkte des Ordnungsamtes vor.

In 2012 habe sich der Ausschuss mit der Anschaffung eines Löschroboters für die Feuerwehren zu befassen. Hierfür seien ca. 200.000 € in den Haushalt eingestellt worden. Ferner



stehe 2013 eine weitere Fahrzeuganschaffung für 200.000 € für ein Ausbildungsfahrzeug der Feuerwehren an.

Zusätzlich würden derzeit Umbaumaßnahmen im Bereich der THW- Unterkunft in Höhe von 1,2 Mio. Euro durchgeführt.

Eine Begutachtung der Rettungswagenplanung und –vorhaltung stehe ebenfalls an.

Abschließend informierte er die Anwesenden darüber, dass die Einsatzleitstelle im kommenden Jahr bis Ende Mai nach Oldenburg wechseln werde und der Betrieb in Cloppenburg eingestellt werde.

Der Ausschuss für Planung und Umwelt nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

4. Antrag des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), Kreisverband Cloppenburg, auf Zuschussgewährung zur Durchführung der Aufgaben des Katastrophenschutzes
Vorlage: V-PLA/11/035

Hierzu trug Kreisoberamtsrat Westendorf entsprechend der Vorlage V-PLA/11/035 den Sachverhalt vor.

Anschließend erläuterte Herr Michael Pahl, Kreisgeschäftsführer des Deutschen Roten Kreuzes, die Situation der Einsatzeinheiten des DRK.

Er verwies darauf, dass es zwingend notwendig sei, die 14 Bereitschaften des Roten Kreuzes im Landkreis Cloppenburg mit der erforderlichen Ausstattung zu versorgen, um auch in Zukunft ausreichend ehrenamtliches Personal motivieren zu können. Allein in 2010 hätten 658 ehrenamtliche Helfer des Deutschen Roten Kreuzes im Landkreis Cloppenburg 70.000 ehrenamtliche Stunden bei den verschiedensten Veranstaltungen und Einsätzen geleistet. Hierzu zähle auch der Einsatz des Kriseninterventionsteams und der Notfallseelsorge. Auch dies sei ehrenamtlicher Dienst am Nächsten im Rahmen des Katastrophenschutzes.

Die laufenden Kosten betragen in 2010 insgesamt 331.000 €. Zusätzlich betragen die Aufwendungen für Fahrzeuge und sonstige Ausstattungen in 2010 noch 135.000 €.

Für 2012 sei die Umstellung auf Digitalfunk geplant. Die Kosten hierfür würden für die Ausrüstung der Fahrzeuge 82.000 € betragen, die Ausstattung der Helfer mit Funkgeräten koste nochmals 30.000 €. Auch in den dann folgenden Jahren werde mit investiven Kosten über 100.000 € pro Jahr zu rechnen sein.

Auf Rückfrage ergänzte er, dass überwiegend gebrauchte Fahrzeuge für das Rote Kreuz angeschafft würden, da die Kilometerleistung in der Regel sehr gering sei. Eine Nutzung der Fahrzeuge mit anderen Institutionen käme aufgrund der Vielzahl der Einsätze nicht in Betracht.

Mittel von den Krankenkassen gebe es nicht, da es sich nicht um Einsätze im Rahmen des Rettungsdienstes handle.

Weitere fest einplanbare Zuschüsse erhalte das Rote Kreuz für diesen Aufgabenbereich nicht.

Kreistagsabgeordneter Hackstedt bedankte sich für den Vortrag und sprach sich im Namen der CDU-Fraktion für die Gewährung des Zuschusses aus.

Die Präsentation von Herrn Pahl ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**Der Ausschuss für Planung und Umwelt beschloss sodann einstimmig, dem Kreis-
ausschuss zu empfehlen, dem Deutschen Roten Kreuz zur Durchführung der Aufga-
ben des Katastrophenschutzes jährlich einen Zuschuss in Höhe von 60.000 € zu ge-
währen.**

5. Durchführung eines LIFE-Projektes in der Süd- und Mittelraddeniederung Vorlage: V-PLA/11/036

Nach den einführenden Worten von Baudirektor Viets unter TOP 3 trug hierzu Herr Heinrich Belting von der Naturschutzstation Dümmer vor, der das Projektmanagement für das LIFE-Projekt übernommen hat.

Herr Belting wies zu Anfang darauf hin, dass der niedersächsische Anteil am nationalen Brutbestand der Wiesenvögel überproportional groß sei. Niedersachsen sei das Wiesenvogelland schlechthin in der Bundesrepublik und trage damit eine besondere Verpflichtung zum Schutz dieser Arten.

Das Gebiet der Radden mit den beiden Teilbereichen Süd- und Mittelradde beherberge die drittgrößten Bestände des Großen Brachvogels. Auch die übrigen Arten wie Uferschnepfe und vor allem Kiebitz seien hier noch vertreten. Bei allen Arten seien in den vergangenen 5 Jahren Brutbestandsrückgänge und geringe Aufzuchtserfolge festgestellt worden.

Grundsätzlich gelte in einem EU-Vogelschutzgebiet ein Verschlechterungsverbot, d.h. ein günstiger Erhaltungszustand einer Art müsse erhalten werden. Liege dagegen ein ungünstiger Erhaltungszustand vor, so bestehe ein Wiederherstellungsgebot.

Im Bereich der Radden liege für drei der vier hier wertbestimmenden Arten (Kiebitz, Gr. Brachvogel, Uferschnepfe) ein schlechter Erhaltungszustand vor. Lediglich für die Wiesensweihe bestehe noch ein guter Erhaltungszustand. Das Erreichen eines günstigen Zustandes für diese Arten sei auch Aufgabe des Landkreises. Hierzu gebe es verschiedene Instrumente. Zum einen bestehe für die wirtschaftenden Landwirte die Möglichkeit, am Vertragsnaturschutz teilzunehmen. Hiervon werde im Bereich der Radden kein Gebrauch gemacht, was auf die dortige landwirtschaftliche Struktur und die hohen Pachtpreise in der Region zurückzuführen sei. Zum anderen führe der Landkreis seit einigen Jahren ein Gelege- und Küken-schutzprogramm in dem Gebiet durch, welches von den Landwirten gut angenommen werde. Auch dies allein reiche nicht aus, um die Wiesenvogelbestände der betroffenen Arten zu erhalten. Daher solle nun eine Flächenoptimierung über das LIFE-Projekt erfolgen. Dies habe sich bereits in der Dümmeriederung als erfolgreich erwiesen. Auch die kreiseigenen Flächen an der Südradde hätten sich durch ein entsprechendes Flächenmanagement gut entwickelt.

Im Rahmen des LIFE-Projektes sollen nach Aussage von Herrn Belting in den 12 wichtigsten Wiesenvogelgebieten in Niedersachsen mit einem Gesamtbudget von 22,3 Mio. € Maßnahmen in den Jahren 2011 bis 2020 durchgeführt werden. Geplant sei der Flächenerwerb zur Arrondierung der wichtigsten Kerngebiete, die Grünlandextensivierung und Wiedervernässung sowie die Habitatoptimierung. Erwartet werde mit dem Projekt eine landesweite Stabilisierung der Wiesenvogelbestände. Es bestehe die Möglichkeit, über dieses Programm EU-Fördermittel in die Region zu holen. Erworbene Flächen blieben über die Verpachtung an Landwirte weiterhin innerhalb der landwirtschaftlichen Nutzung.

Abschließend wies Herr Belting darauf hin, dass eine enge Kooperation mit der Landwirtschaft sowie zwischen Land und Landkreis geplant sei.

Auf Rückfrage ergänzte er, dass das Projektgebiet ausschließlich das Vogelschutzgebiet sei und auch nur dort Fördermittel fließen könnten. Welche Maßnahmen im einzelnen im Gebiet



durchgeführt werden sollten, sei noch mit den betroffenen Landkreisen und Gemeinden abzustimmen. Im übrigen sei dieses Projekt unabhängig von der Agrarförderung im Bereich der Landwirtschaft zu sehen.

Kreistagsabgeordneter Hackstedt erklärte, das Projekt sei aus naturschutzfachlicher Sicht zu begrüßen und sollte unterstützt werden.

Auf Rückfrage des Abgeordneten Loots erklärte Herr Belting, dass für das Gebiet der Raden keine konkrete Fördersumme genannt werden könne, da die Mittel innerhalb der gesamten Förderkulisse verschoben werden könnten. Der Erfolg des Projektes werden während Laufzeit von der EU kontrolliert. Sei am Ende des Projektes kein Erfolg eingetreten, müsse das Land mit einer Rückforderung in Millionenhöhe zu rechnen.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Kreistagsabgeordneter Middendorf, dankte für den Vortrag und sprach die Bitte an Herrn Belting aus, später nochmals über das Projekt zu berichten.

Die Präsentation von Herrn Belting ist der Niederschrift beigelegt.

Der Ausschuss für Planung und Umwelt nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

6. Vergabe von Wirtschaftsförderungsmitteln **Vorlage: V-PLA/11/037**

Zu diesem Tagesordnungspunkt trug Kreisoberamtsrätin Deeben den Sachverhalt entsprechend der Vorlage V-PLA/11/037 vor.

Sie ergänzte, dass der Landkreis Cloppenburg jährlich 300.000 € als Wirtschaftsförderungsmittel zur Verfügung stelle. Alle hier vorgestellten Anträge bewegten sich in diesem Budget. Zum Antrag der Gemeinde Bösel ergänzte sie, dass die hier geschilderte Zweigleisigkeit der Antragstellung - Antrag beim Landkreis und gleichzeitig Antrag bei der NBank in Hannover – befürwortet werde. Da Bösel überregional kaum eine Bedeutung habe wegen der fehlenden Anbindung an eine Autobahn, seien die Aussichten, bei der NBank berücksichtigt zu werden, nicht sehr erfolgversprechend.

Dass die Gemeinde bereits mit der Maßnahme begonnen habe, sei förderunschädlich, da die Antragstellung rechtzeitig vor Baubeginn erfolgt sei.

Kreistagsabgeordneter Dobelmann wies darauf hin, dass er bereits früher bemängelt habe, dass die Fördermittel ausschließlich nach gewerblichen Maßstäben vergeben würden. Seiner Ansicht nach sollten andere Kriterien, wie z. B. die Anzahl der geschaffenen Arbeitsplätze sowie ökologische Maßstäbe ebenfalls berücksichtigt werden. Er werde sich daher bei der Abstimmung enthalten.

Kreistagsabgeordneter Kreuzmann sprach sich für die Bewilligung der Anträge aus. Eine Überprüfung der Verwendung sei aber notwendig, da es keine Bevorratung von Gewerbeflächen geben solle.

Kreistagsabgeordneter Hackstedt sprach sich im Namen der CDU-Fraktion für die Bewilligung aller vorgestellten Anträge aus.



Der Ausschuss für Planung und Umwelt beschloss sodann einstimmig bei einer Enthaltung, dem Kreisausschuss zu empfehlen, entsprechend der Vorlage V-PLA/11/037 Wirtschaftsförderungsmittel des Landkreises Cloppenburg

- **an die Stadt Cloppenburg für die weitere Erschließung des Industriegebietes Emsteckerfeld in Höhe von 17.500,00 € (=25%),**
- **an die Gemeinde Bösel für die Erweiterung des Gewerbegebietes „Glaßdorfer Straße“ in Höhe von 203.475,00 € (=25%) und**
- **an die Gemeinde Lindern für die Erweiterung des Gewerbegebietes „Stühlenfeld“ in Höhe von 53.217,16 € (=25%)**

zu bewilligen.

**7. Festsetzung des Überschwemmungsgebietes für die Aue, die Dinkel und den Fladderkanal
Vorlage: V-PLA/11/038**

Baudirektor Haedke trug den Sachverhalt entsprechend der Vorlage V-PLA/11/038 vor. Er erläuterte den Ablauf des Festsetzungsverfahrens und die Folgen der Festsetzung eines Überschwemmungsgebietes. Insbesondere seien in diesen Gebieten keine neuen Baugebiete und keine baulichen Anlagen, u. a. auch Stallbauten mehr zulässig. Ferner sei die Umwandlung von Grünland in Ackerland nicht mehr zulässig. Der Stand der vorläufigen Sicherung und Festsetzung der Überschwemmungsgebiete im Landkreis Cloppenburg wurde vorgestellt und ist der beiliegenden Präsentation zu entnehmen.

Da der Einladung zu dieser Sitzung der Entwurf der Verordnung versehentlich nicht beigelegt war, erläuterte Baudirektor Haedke den Inhalt. Der Entwurf ist dieser Niederschrift beigelegt.

Die Verordnung lege die Abgrenzung des Überschwemmungsgebietes für die Aue, die Dinkel und den Fladderkanal fest und regule, bei welchen Behörden die Lagepläne eingesehen werden könnten. Inhaltlich lasse die Verordnung folgende Maßnahmen zu:

1. Die Verlegung unterirdischer Leitungen, wenn das Gelände nach Durchführung der Verlegearbeiten in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt wird.
2. Die vorübergehende Lagerung von Stoffen (Feldfrüchte, Erde, Holz, Sand, und dergleichen), mit Ausnahme wassergefährdender Stoffe, in der Zeit vom 1. April bis zum 30. September des Jahres.
3. Die Errichtung von Weidezäunen, selbsttätigen Viehtränken, einstämmigen Freileitungsmasten.

Baudirektor Haedke erklärte, dass die Ausnahmen im wesentlichen die Versorgungsleitungen der EWE und des OOWV betreffen. Ziffer 2 und 3 enthielten Ausnahmen für die Landwirtschaft. Die Ausübung der normalen Landwirtschaft sei nach wie vor erlaubt und von der Verordnung nicht betroffen.

Auf Rückfrage ergänzte er, dass für bestehende Stallbauten im schutzwürdigen Bereich keine Nachrüstungen gefordert würden. Es gehe nur um die Festsetzung des Gebietes. Falls die Eigentümer von Stallanlagen Nachrüstungen für erforderlich hielten, seien diese auf eigene Kosten durchzuführen.

Auf eine weitere Rückfrage hin erklärte er, dass es Einwendungen gegen die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes gegeben habe seitens der Jägerschaft und der Landwirt-



schaft. Diese seien beantwortet worden. Die Gemeinde Essen als betroffene Kommune habe keine Einwendungen erhoben.

Kreistagsabgeordneter Willen sprach sich im Namen der CDU- Fraktion für den Erlass der Verordnung aus.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Middendorf nahm der Ausschuss für Planung und Umwelt einstimmig die Verordnung zustimmend zur Kenntnis. Die Entscheidung über den Erlass der Verordnung wurde einvernehmlich auf den Kreisausschuss delegiert.

8. Mitteilungen

Mitteilungen lagen nicht vor.

9. Einwohnerfragestunde

Von der Einwohnerfragestunde wurde kein Gebrauch gemacht.

Um 18:15 Uhr schloss der Vorsitzende die Sitzung.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer/in